



Die Bürgerinitiative „Kein CO₂-Endlager Altmark“ tagte wie jeden Dienstag im Landgasthaus Schulz in Altensalzwedel. Heute sprechen die Aktivisten vor dem Kreis-Umweltausschuss.

Kreis-Resolution: Keine CO₂-Speicher

Umweltausschuss hört BI / Katastrophenschützer nicht vorbereitet

Von Holger Benecke

SALZWEDEL. Nach dem Arendseer Stadtrat will sich der Kreistag mit der CO₂-Endlagerung in der Altmark beschäftigen. Vor dem Umweltausschuss wird die Bürgerinitiative (BI) „Kein CO₂-Endlager Altmark“ referieren, wenig später steht eine von Grüne / Freie Liste eingebrachte Resolution auf dem Programm.

Heute tagt der Kreis-Umweltausschuss in öffentlicher Sitzung im Landratsamt in Salzwedel. Offiziell beginnt dieser um 17.15 Uhr. Jedoch wird in der Einladung „darauf hingewiesen, dass vor der Ausschusssitzung ab 17 Uhr vorgesehen ist, der BI „Kein CO₂-Endlager Altmark“ ein Vortragsrecht einzuräumen“. Dass die Information über die CO₂-Verpressung im Umweltausschuss lediglich als Kür abgehandelt wird, stieß bei der BI, die am Dienstag im Altensalzwedeler Landgasthaus Schulz tagte, auf Unverständnis. Immerhin will der Fachausschuss wenig später eine von Grüne / Freie Liste eingebrachte Kreistagsresolution, die sich nicht nur gegen die CO₂-Endlagerung im Altmarkkreis, sondern auch schon gegen die Erkundung für ein

Endlager richtet, diskutieren. Fraktionsvorsitzender Frank Rossau nannte in einem AZ-Gespräch den wesentlichen Inhalt des Papiers: „Bereits mit der Einbringung von 100 000 Tonnen CO₂ in der so genannten Pilotanlage wird die Region mit unkalkulierbaren Gefahren konfrontiert. Die Lösung giftiger Stoffe und eventuell Zersetzung von Metallrohren etc. und auch Gestein durch entstandene Kohlensäure ist nicht auszuschließen. Eine beträchtliche Gefahr für die umliegende Bevölkerung wie auch die Fauna stellen eventuell auftretende Leckagen dar. So wurde zum Beispiel zur Behebung eines Unfalls in Mönchengladbach, wo bei einem Brand relativ geringe Mengen CO₂ aus einer Feuerlöschanlage ausgetreten waren, der Einsatz von 4 000 (!) Feuerwehrleuten erforderlich, um die Gefahr zu bannen ... Wir fordern von der Bundesregierung im zukünftigen CCS-Gesetz festzulegen, dass keine Speicherstätten für CO₂ in der Altmark zugelassen werden.“

Das CCS-Gesetz ist für die BI schlechthin die Wurzel allen Übels. Christfried Lenz hatte dies auch bei der Anhörung der Verbände im Berliner Wirtschaftsministerium deutlich gemacht (wir berichteten).

Zurück in den Landkreis: Wie ist dieser gegen das Ausdringen von CO₂ aus den unterirdischen Speichern gerüstet? Rüdiger Wühl, Sachgebietsleiter Brand- und Katastrophenschutz, muss zugeben, dass in dieser Frage bislang noch nichts vorliegt. Dazu wären Einzelheiten vom Betreiber benötigt.

Gerüstet ist der Kreis gegen die normalen, täglich über die Straßen rollenden CO₂-Transporte. Zuständig dafür sind die entsprechend ausgerüsteten Teile des Gefahrstoffzuges, die in Arendsee, Gardelegen, Kakerbeck, Kalbe, Klötze, Mieste und Salzwedel stationiert sind.

Unabhängig davon hat sich Wühl bereits 2008 mit der Problematik beschäftigt. Damals kam die Frage der CO₂-Transporte per Lkw nach Maxdorf auf und Salzwedels Feuerwehrchef Wolfgang Nieswandt hatte bei Rüdiger Wühl nachgehakt. Der erstellte daraufhin Geländeprofile, um die Ausbreitung des CO₂ abschätzen zu können und betrachtete mögliche Einsatzszenarien. Allein ihm fehlt der technische Hintergrund. Diesen kann er nur vom Betreiber der Anlage bekommen. „Und das wird erst nach Genehmigung der Anlage passieren“, vermutet Rüdiger Wühl.